
5. Verlegung von Stolpersteinen

Opfer des Faschismus 1933 - 1945

Donnerstag, 8. September 2022

in Neunkirchen

mit dem Künstler Gunter Demnig



Stolpersteine

Ein Kunstprojekt für Europa von Gunter Demnig

Mehr als zwei Jahrzehnte ist es her, dass Gunter Demnig das Projekt Stolpersteine entwickelt hat.

Ziel des Projektes ist, „die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, der Zigeuner/Sinti und Roma, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer“, aller Opfer im Nationalsozialismus lebendig zu halten. Gunter Demnig erinnert an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbstgewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing ins Trottoir einlässt.

„Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“, zitiert Gunter Demnig den Talmud.

Mit den Steinen wird an die Menschen erinnert, die einst dort wohnten.

Auf den Steinen steht geschrieben: „HIER WOHNTE...“ Ein Stein. Ein Name. Ein Mensch.“ (G. Demnig)

Inzwischen liegen Stolpersteine in mehr als 1.200 Orten Deutschlands und in einundzwanzig Ländern Europas. Das sind mehr als 50.000 Menschen, Opfer des Naziregimes, die dem Vergessen entrissen sind.

Für 120 Euro kann jeder eine Patenschaft für die Herstellung und Verlegung eines Stolpersteins übernehmen. Weitere Informationen: www.stolpersteine.eu

Das Projekt in Neunkirchen

Den Anstoß gaben Mitglieder der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten/Antifaschistinnen“ (VVN-BdA) Landesvereinigung Saar. Es bildete sich eine Arbeitsgruppe, um im Gebiet der Kreisstadt Neunkirchen „Stolpersteine gegen das Vergessen“ zu verlegen. Im Laufe der Jahre änderte sich immer wieder die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe recherchieren biographische Daten von Opfern, im Stadtarchiv Neunkirchen und Archiven andernorts, nehmen Kontakt zu Angehörigen auf, sichten Literatur zu Verfolgung und Widerstand an der Saar und von Saarländerinnen und Saarländern. Die bisherigen Biographien der Opfer sind jeweils in einem Begleitheft veröffentlicht, auch bei www.neunkirchen.de/rathaus/geschichte-neunkirchen-saar/stolpersteine.

Mit den Steinen wird erinnert an Frauen und Männer des antifaschistischen Widerstands, an Angehörige der „Internationalen Brigaden“ im spanischen Bürgerkrieg und an politisch Verfolgte, an jüdische Mitbürger/Mitbürgerinnen, an Euthanasieopfer, an sozial Ausgegrenzte und an Familienangehörige, die unter dem Naziregime gelitten haben.

Für einigen Opfern konnten nur sehr wenige biographische Angaben ermittelt werden. Bei vielen gibt es keine überlebenden Angehörige, oder sie sind nicht bekannt und auch amtlich nicht erfasst. So ist es schwierig, Daten und Ereignisse zusammenzutragen und entsprechende Lebensläufe zu erarbeiten.

Am 19. November 2012 wurden in Wiebelskirchen erstmals 9 Stolpersteine von Gunter Demnig verlegt. Als Verlegeort dieser Steine wurde der Wibilo-Platz gewählt, nicht - wie üblich - der Bürgersteig vor den Wohnhäusern. Damit liegen diese Steine im Zentrum des Ortes, sichtbar und erlebbar für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger. An der Verlegung beteiligten sich auch Schüler/Schülerinnen der Ganztagsgemeinschaftsschule Haspelstraße.

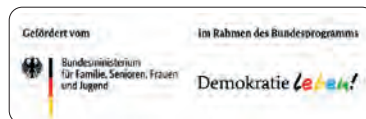
Die zweite Verlegung fand im April 2015 statt, 19 Stolpersteine, im Stadtzentrum, in Heinitz, Sinnerthal und Wellesweiler. Im Mai 2018 fand die dritte Verlegung statt, 19 Steine an 8 Verlegestellen in der Neunkircher Unterstadt, der Oberstadt und in den Stadtteilen Kohlhof, Wellesweiler und Wiebelskirchen.

Diese Steine wurden vor den ehemaligen Wohnhäusern der Opfer verlegt.

Im September 2020 wurden in Neunkirchen zum 4. Mal Stolpersteine verlegt, 11 Steine, an 7 Verlegestellen. Die Mehrzahl dieser Opferbiographien wurde von Schülern/Schülerinnen des „Gymnasium am Krebsberg“ unter Leitung von Frau Dr. Wilhelm-Schaffer recherchiert und erarbeitet. Wegen der Corona-Pandemie wurde diese Verlegung in Selbstverlegung durchgeführt von Schülern/Schülerinnen des technisch gewerblichen Berufsbildungszentrum (TGBBZ), Fachbereich Bautechnik mit der Lehrerin Monika Hack. Auch bei den vorherigen Verlegeaktionen war jeweils eine Klasse des TGBBZ mit Monika Hack beteiligt.

Wir bedanken uns bei allen, die dieses Projekt unterstützt haben durch Spenden zur Finanzierung der Stolpersteine und andere Maßnahmen, bei Verantwortlichen und Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung und des zentralen Betriebshofes.

Die diesjährige Aktion wird gefördert durch die Kreisstadt Neunkirchen, den Landkreis Neunkirchen, Bundesprojekt „Demokratie leben“ und das Adolf-Bender-Zentrum St. Wendel.



Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Ulrike Heckmann und Rainer Dörrenbecher (Organisation); Ulrike Pfeifer-Scholz, Monika Scholz, Melanie Franz, Thomas Schneider, Mathilde Ott

Verantwortlich für den Inhalt:

Ulrike Heckmann, Rainer Dörrenbecher (Redaktion)

Gestaltung und Druck

Kreisstadt Neunkirchen

Herausgeber:

Arbeitsgruppe Stolpersteine Neunkirchen

Fotonachweise, Quellenangaben:

Sachsenhausen, Lagertor: wikipedia, Creative-Commons-Lizenz; Raki_Man; Neuengamme, Internationales Mahnmahl: wikipedia, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=740594>; Camp de Gurs; http://de.wikipedia.org/wiki/Camp_de_Gurs; Landesheilanstalt Eichberg, Hessen | Gedenkort T4 (gedenkort-t4.eu); Gedenkstätte Hadamar, Stele: <http://www.gedenkstaette-hadamar.de>; KZ Buchenwald, Lagertor: <http://geschichtsverbund-thueringen.de>; Ravensbrück, Mahn und Gedenkstätte Ravensbrück (ravensbrueck-sbg.de); Fotos Verlegestellen: Gerhard Schaal: Zum Kasbruchthal 60, Wilhelmstraße 24/22, Sinnerthal, Bushaltestelle; Rainer Dörrenbecher: Bliedstraße 25; Wibiloplatz; Grafik und Fotos Franz und Friedel Schnei, Thomas Schneider Grafik und Fotos Fam. Henneicke, Bernd Petri; Guy Kurt Lachmann, J.H.W. Dietz Verlag

Erläuterungen zu Begriffen in den Biographien

Bedingungen in den Konzentrationslagern

Die ersten Konzentrationslager entstanden schon 1933, unmittelbar nach der Machtübergabe an Hitler und die Nationalsozialisten. „Der Hauptzweck der KZ war die Ausschaltung jedes wirklichen oder vermuteten Gegners der nationalsozialistischen Herrschaft. Absondern, diffamieren, entwürdigen, zerbrechen und vernichten - das waren die Formen, in denen der Terror in Wirksamkeit trat.

Je drastischer, umso besser, und je gründlicher, umso nachhaltiger.“ (*) Vernichtung durch Arbeit - war das Ziel der KZ-Leitungen.

Die ersten Häftlinge waren Angehörige der Arbeiterbewegung, der KPD, der SPD und der Gewerkschaften. Diese mussten die Konzentrationslager erst aufbauen. Dann folgten Widerstandskämpfer/innen, politisch und religiös Verfolgte, Juden, Sinti und Roma, sogenannte Zigeuner/innen, Homosexuelle, Opfer von Denunziationen, sogenannte Arbeitsscheue, Kriminelle... Sie alle sollten dauerhaft aus dem deutschen „Volkkörper“ ausgeschlossen werden.

Der „Empfang“ in den Lagern war mit Geschrei und Prügel durch die SS verbunden. Bei der Registrierung erhielten die Häftlinge eine Nummer, die ihren Namen ersetzte und einen für sie festgelegten Winkel, den sie an der Häftlingskleidung befestigen mussten. Zum Beispiel erhielten politische Häftlinge einen roten Winkel und Häftlinge, die aufgrund ihrer Homosexualität inhaftiert wurden, einen rosafarbenen Winkel. Die jüdischen Häftlinge mussten einen stilisierten Davidsstern tragen. Viele KZ auf deutschem oder österreichischem Boden waren mit einem Steinbruch verbunden, in dem die Häftlinge unter Aufsicht der SS Steine brechen und schleppen mussten (z.B. in Buchenwald, Mauthausen, oder Struthof im französischen Elsass). Die Steine durften nicht zu klein sein, der Weg nach oben war steil, leicht konnten sie die Stufen verfehlen und in die Tiefe stürzen. Dabei wurden sie von der SS mit Schlägen zur Eile angetrieben. Wer bei der Arbeit versagte, wurde erschossen oder in den Abgrund gestürzt. Diese Schufferei und die Misshandlungen waren unerträglich. Zusätzlich verschärft wurde die Situation durch das unzureichende Essen; es war zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. So kamen die Häftlinge Tag für Tag nach 12 Stunden Arbeit, bis zum Zusammenbruch ausgelaugt, zu ihren Unterküften zurück. Beim Appell am Abend konnten sich viele kaum noch auf den Beinen halten.

Es ging in diesen Lagern nur ums Überleben, aber das war schwer, ja fast unmöglich, wenn der Lebenswille Tag für Tag abnahm. Die politischen Häftlinge in den KZ hatten oft einen kameradschaftlichen Zusammenhalt und unterstützten sich gegenseitig. Sie klammerten sich an die Hoffnung auf ein vom Faschismus befreites Deutschland. Sie wollten diesen Tag erleben. Diese Hoffnung war Ansporn genug, sich nicht in die Verzweiflung zu stürzen.

Mit zunehmendem Arbeitskräftemangel in der Produktion wurden neben den „Fremdarbeitern“ aus den besetzten Ländern auch KZ-Häftlinge eingesetzt. Einige KZ wurden speziell zu Produktionszwecken eingerichtet. Auch hier war die Todesrate durch Erschöpfung, Misshandlungen und Ermordung hoch.



KZ Neuengamme, Gedenkstätte

Im besetzten Polen und Weißrussland wurden spezielle Vernichtungslager errichtet, in denen vor allem die jüdische Bevölkerung systematisch ermordet wurde. Das größte war bei Auschwitz in Polen. Der Tag der Befreiung dieses KZ durch die Rote Armee, der 27. Januar, ist inzwischen Gedenktag für die Opfer des deutschen Faschismus.

Die Überlebenden der KZ konnten viele Jahre nicht über die Zeit im KZ sprechen. Und nur Wenige haben dies Jahrzehnte später getan. In der Broschüre „K.Z. Lager Natzweiler-Struthof“, Herausgeber „Comité National du Struthof“ 1966, beschreibt Léon Boutbien, Deportierter von Struthof, sich und seine Mithäftlinge: „Stellen wir uns einen Menschen vor, der plötzlich aufhört, ein menschliches Wesen zu sein, um ein, bis dahin jeder zoologischen Einteilung unbekanntes, tierisches Ungeheuer zu werden, nur noch ein Verdauungsschlauch, ein Hampelmann mit knöchernen Gliedern, ein wandelndes Skelett, herumirrend verstört, mit Wahnvorstellungen - so war der abgeschiedene Mensch, der dem Hunger und dem Klima erlag“ (Seite 9,10).

(*) Eugen Kogon: „Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager“, Heyne Verlag, München 2006, ISBN 3-453-02978-X

Konzentrationslager und NS-Anstalten in der Reihenfolge ihrer Nennung im Heft:

Konzentrationslager Sachsenhausen

Das KZ Sachsenhausen wurde im Sommer 1936 von Häftlingen anderer KZ aufgebaut; es befand sich im gleichnamigen Ortsteil der Stadt Oranienburg nördlich von Berlin. Es ist weder örtlich noch zeitlich identisch mit dem KZ Oranienburg, das von 1933 bis 1934 in Oranienburg in der Nähe des Stadtzentrums bestand.

Durch die Nähe zu Berlin und damit auch zur Gestapozentrale in der Prinz-Albrecht-Straße hatte das KZ Sachsenhausen eine Sonderrolle im

KZ-System. Viele Deportationen nach Sachsenhausen sind nicht gesichert, nur 2/3 der Häftlinge wurde registriert. Zwischen 1936 und 1945 waren im KZ Sachsenhausen mehr als 200.000 Menschen inhaftiert. Waren die Häftlinge zunächst überwiegend deutsche Staatsbürger, wurden nach Beginn des Zweiten Weltkrieges zehntausende Menschen aus den besetzten Ländern in das KZ Sachsenhausen verschleppt, darunter politische Gegner des Nationalsozialismus bzw. der kollaborierenden Regierungen, ausländische Zwangsarbeiter sowie alliierte Kriegsgefangene. 1944 waren rund 90 Prozent der Häftlinge Ausländer, unter denen Bürger der Sowjetunion und Polen die größten Gruppen stellten. Unter den Häftlingen des KZ Sachsenhausen befanden sich auch rund 20.000 Frauen.

Im August 1941 wurde eine Genickschussanlage errichtet, in der etwa 13.000 bis 18.000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet wurden. Beim Vorrücken der Roten Armee im April 1945 wurden die Häftlinge „evakuiert“, d.h. auf einen Todesmarsch geschickt. Nur 6.000 Menschen konnten befreit werden. Zehntausende Häftlinge kamen im KZ Sachsenhausen durch Hunger, Krankheiten, Zwangsarbeit, medizinische Versuche und Misshandlungen um oder wurden Opfer von systematischen Vernichtungsaktionen der SS.

Heute befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen KZ die „Gedenkstätte und Museum Sachsenhau-



KZ Sachsenhausen, Lagertor

sen“. Diese versteht sich als Gedenk- und Lernort sowie als modernes zeithistorisches Museum.
Quelle: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Internierungs- bzw. Konzentrationslager „Camp de Gurs“, Frankreich

Das Camp de Gurs liegt in der Nähe der französischen Ortschaft Gurs, Département Pyrénées Atlantiques, nördlich der Pyrenäen. Es wurde von der rechts-konservativen Regierung für republikanische Kämpfer des spanischen Bürgerkrieges eingerichtet, die nach der Auflösung der Interbrigaden nach Frankreich flüchteten. Schon damals war es das größte französische Internierungslager. Ab Mai 1940 wurden auch politische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich, die zum Teil schon mehrere Jahre in Frankreich lebten, dort interniert.



Ansicht des Lagers

Diese wurden nach dem Waffenstillstand wieder freigelassen.

Seit Oktober 1940 wurden, unter dem Vichy-Regime, in dem Lager fast alle aus Südwestdeutschland, Elsass und Lothringen deportierten Juden zusammengepfercht. Im Rahmen der sogenannten „Wagner-Bürckel-Aktion“ wurden die noch in Baden, der Pfalz und dem Saargebiet lebenden Juden und die jüdische Bevölkerung aus Elsass-Lothringen in das Camp de Gurs deportiert; die meisten wurden 1944 in die Vernichtungslager transportiert.

Das Camp de Gurs ist berüchtigt für die Behandlung der Juden; es war nach Aussage von Überlebenden die Hölle. Die hygienischen Bedingungen katastrophal, das Essen unzureichend und die Sterberate überdimensional hoch. Die jüdischen Internierten „verstarben reihenweise“ auf Grund von Unterernährung und Krankheiten und fehlender hygienischer Bedingungen. Es handelt sich eigentlich um Massenmord.

Seit 1994 ist das Lagergelände eine nationale Gedenkstätte, welche die Erinnerung an seine Geschichte und die dort Internierten wachhalten soll. Es wird vom Förderverein „Amicale du Camp de Gurs“ mit Sitz in Pau betreut. Das Gelände ist frei zugänglich.

Quellen: Info-Material der Gedenkstätte, <http://gurs.free.fr/index.html> (französisch), wikipedia

Konzentrationslager Neuengamme

Das KZ Neuengamme wurde Ende 1938 als Außenlager des KZ Sachsenhausen in einer stillgelegten Ziegelei errichtet. Seit 1940 wurde es als eigenständiges KZ geführt. Zehntausende Menschen aus den besetzten Ländern wurden während des Krieges von Gestapo („Geheimer Staatspolizei“) und SS („Schutzstaffeln“) nach Neuengamme deportiert. Insgesamt waren dort mehr als 100.000 Menschen inhaftiert. Unter unsäglichen Bedingungen mussten die Häftlinge für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten.

Zunächst waren die Häftlinge zum Ausbau des Lagers, zum Kanalbau und in den nahen Tongruben eingesetzt worden. Hamburg sollte als Tor zur Welt eine repräsentative bauliche Neugestaltung des rechten Elbufers erhalten. Dafür wurden große Mengen an Klinkersteinen gebraucht, spezielle Ziegel, die von den Häftlingen in einem von ihnen errichteten Klinkerwerk hergestellt wurden.

Ab 1942 wurde jedoch die Arbeit im Rüstungsbereich immer bedeutsamer.

Unter all den Unmenschlichkeiten wird besonders an das Schicksal der Kinder vom Bullenhuser Damm erinnert. Noch am 20. April 1945 wurden zwanzig Kinder, die im Hauptlager Neuengamme für medizinische Experimente missbraucht worden waren, in das Hamburger Außenlager Bullenhuser Damm transportiert und dort ermordet.

Als britische Truppen am 2. Mai 1945 das KZ erreichten, waren von den mehr als 100.000 Häftlingen aus ganz Europa in Neuengamme und seinen Außenlagern mindestens 43.000 Menschen umgekommen. Tausende starben noch nach Kriegsende an den Folgen der KZ-Haft. Nach 1946 standen 120 Angehörige des Lagerpersonals vor britischen Militärgerichten. Von letztlich 14 Angeklagten wurden elf zum Tode verurteilt und in Hameln hingerichtet.

Die heutige KZ-Gedenkstätte ist eine der größten in Deutschland. Sie wurde ab 2005 aufgebaut. Zunächst errichteten ehemalige Häftlinge 1953 am Rand des Geländes eine Gedenksäule. Seit 1965 gibt es das Internationale Mahnmal. Ende der 1970er Jahre verhinderten öffentliche Proteste den Abriss eines Teils der Gebäude. 1984 wurde das Gelände des ehemaligen KZ unter Denkmalschutz gestellt.

Quelle: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

NS-Aktion T4

Aktion T4 ist eine nach 1945 gebräuchlich gewordene Bezeichnung für die systematische Ermordung von mehr als 70.000 Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen in Deutschland von 1940 bis 1945. Diese Ermordungen waren Teil der Krankenmorde in der Zeit des Nationalsozialismus mit über 200.000 Opfern. Die Aktion wurde auch als Vernichtung lebensunwerten Lebens und NS-Krankenmorde bekannt. Namensgebend für das in der Nachkriegszeit gebräuchliche Kürzel Aktion T4 war die in einer damaligen Villa in der Tiergartenstraße 4 (T4) in Berlin-Mitte untergebrachte Bürozentrale für die Leitung der Ermordung behinderter Menschen im gesamten Deutschen Reich. In den erhaltenen zeitgenössischen Quellen findet sich die Bezeichnung Aktion T4 nicht. Dort wurde der Begriff mit einem vorangestellten Kürzel für Euthanasie „Eu-Aktion“ bzw. nur „E-Aktion“ verwendet.

Quelle: wikipedia



Mahnmal, Hadamar

Landesheilanstalt Eichberg, Rheingau; Gedenkort T4

Die Landesheilanstalt Eichberg wurde im 19. Jahrhundert als Landesheil- und Pflegeanstalt Eberbach gegründet. Unmittelbar 1933 wurde vom damaligen Direktor die Nazi-„Rassenhygiene“ durchgesetzt und Zwangssterilisationen an sog. Erbkranken durchgeführt. Ab Juli 1940 war die Anstalt in das System „T4“ einbezogen, d.h. Patientinnen und Patienten wurden ausgesondert und in die Tötungsanstalt Hadamar zur Ermordung abtransportiert.

Von Januar 1941 bis Ende April 1941 wurden knapp 800 Patienten der Anstalt zur Ermordung dorthin gebracht, weitere ca. 1.500 Menschen kamen aus anderen Anstalten über den Eichberg als Zwischenanstalt in die Gaskammer von Hadamar. Genaue Zahlen sind nicht ermittelbar. Ab Herbst 1941 wurden Patientinnen und Patienten gezielt durch Unterernährung und ab Sommer 1942 durch Überdosierung

von Medikamenten getötet. Arbeitsfähige Insassen mussten in umliegenden Fabriken Zwangsarbeit leisten, getarnt als Arbeitstherapie.

Von April 1941 bis März 1945 war eine „Kinderfachabteilung“ für die Zwecke der Kindereuthanasie eingerichtet worden. Die Opferzahlen bewegen sich zwischen 430 und 500. Insgesamt waren 707 Kinder als Patienten in der Abteilung geführt worden. Die Leichen ermordeter Kinder wurden zu „wissenschaftlichen“ Zwecken missbraucht.

Im Dezember 1946 fand in Frankfurt/Main der „Eichberg-Prozess“ statt. Angeklagt waren zwei verantwortliche Ärzte, die Oberschwester, ein Abteilungspfleger und zwei Krankenpflegerinnen. Der Hauptverantwortliche wurde zum Tode verurteilt, der zweite Arzt zu lebenslangem Zuchthaus, die Oberschwester zu acht Jahren. Weitere Ärzte wurden nicht angeklagt. Der Hauptverantwortliche starb vor der Urteilsvollstreckung, alle anderen Verurteilten kamen bis 1959 wieder frei. Der verurteilte Arzt behielt seine Approbation und praktizierte noch jahrelang in der Gegend von Hattenheim als Arzt.
Quelle: Gedenkort T4 - Landesheilanstalt Eichberg

T4 Tötungsanstalt Hadamar

Die ehemalige Landesheilanstalt Hadamar wurde Ende des 19. Jahrhunderts als „Arbeitshaus“ gegründet und vor dem 1. Weltkrieg zu einer psychiatrischen Klinik, Landesheilanstalt Hadamar, erweitert. In der Tötungsanstalt Hadamar wurden von Januar 1941 bis März 1945 fast 15.000 Menschen ermordet. Im Rahmen der „Euthanasie-Aktion, später „Aktion T4“ genannt, wurden Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in einer Gaskammer durch tödliche Injektionen und Medikationen sowie durch vorsätzliches Verhungernlassen ermordet. Die Anstalt war im heutigen Altbau der Vitos Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Hadamar auf dem Mönchberg untergebracht.

Die „Landesheilanstalt Hadamar“ war die letzte von sechs Tötungsanstalten. Das NS-Regime, die NS-Verwaltungen der Länder und Provinzen, die NS-Ärzteschaft wagten trotz aller Gleichschaltung nicht die Massenmorde offen zu betreiben. In der Provinz Hessen-Nassau wurde die Tarnorganisation „Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege“ mit der Durchführung der Krankenmorde beauftragt. Ärzte und weiteres Personal waren zu Massenmördern geworden. Das gesamte Personal war zum Stillschweigen verpflichtet.

Bis August 1941 wurden in den sechs Tötungsanstalten über 70.000 Menschen ermordet. Dies konnte nicht völlig geheim gehalten werden. Nach einem Protest des Limburger Bischof A. Hilfrich wurden die Ermordungen scheinbar eingestellt, jedoch dezentralisiert im gesamten Reich durchgeführt, u. a. in Eichberg.

Der Kreis der Opfer wurde zeitweise auf „jüdische Mischlingskinder“ und erkrankte Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ausgeweitet.

Im Oktober 1945 wurden von einem Militärgericht zwei Todesurteile und Freiheitsstrafen von 25-35 Jahren wegen der Ermordung der Zwangsarbeiter/innen ausgesprochen, die auch vollstreckt wurden. Wegen der Euthanasie-Opfer wurden im Hadamar-Prozess 1947 vor einem deutschen Zivilgericht die leitenden Ärzte zum Tode verurteilt. Die weiteren Strafen, hauptsächlich gegen Krankenpfleger und Krankenschwestern verhängt, beliefen sich auf 2 ½ bis 8 Jahre Zuchthaus. Die Todesstrafen wurden vom hessischen Ministerpräsidenten (SPD) in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt und 1956 ganz erlassen.

Die Erinnerung an die systematischen Krankenmorde auf dem Hadamarer Mönchberg begann im Jahr 1953 durch die Installation eines Gedenkreliefs im Eingangsbereich der ehemaligen Tötungsanstalt.

Dieses Relief verschleierte mehr den Schrecken Hadamars als zu benennen. Gegen zeitweilige Widerstände und über einige Zwischenstufen wurde 1991 die Gedenkstätte Hadamar eingerichtet.

Quelle: Gedenkstätte Hadamar

Konzentrationslager Buchenwald

Das KZ Buchenwald war eines der größten Konzentrationslager auf deutschem Boden. Schon bald wurde Buchenwald zum Synonym für das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager.

Nach Kriegsbeginn wurden Menschen aus ganz Europa nach Buchenwald verschleppt. Im Stammlager und seinen 139 Außenlagern waren insgesamt fast 280.000 Menschen inhaftiert. Sie waren zur Zwangsarbeit für die deutsche Rüstungsindustrie gezwungen.

Am Ende des Faschismus war Buchenwald das größte KZ im Deutschen Reich. Über 56.000 Menschen starben an Folter, medizinischen Experimenten und Auszehrung. In einer eigens errichteten Tötungsanlage wurden über 8.000 sowjetische Kriegsgefangene erschossen. Es war zugleich ein Vernichtungslager für Juden. Widerstandskämpfer bildeten im Lager eine Untergrundorganisation, um das Wüten der SS nach besten Kräften einzudämmen.

Beim Vorrücken der 3. US-Armee auf Thüringen Anfang April 1945 begann die SS das Lager zu evakuieren. Durch Boykott und Sabotage konnten die Häftlinge die Totalevakuierung verhindern. Ein Teil der SS setzte sich ab. Am 11. April überwältigten Häftlinge der illegalen Widerstandsgruppe die restlichen Wachmannschaften. Sie nahmen 125 der Bewacher fest, öffneten die Tore und hissten die weiße Fahne. Auf dem Gelände des ehemaligen Lagers wurde 1958 die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald der DDR eröffnet. Ab 1991 wurde die Gedenkstätte Buchenwald neugestaltet.



KZ Buchenwald, Lagertor

Quellen: Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, Weimar; Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora

Konzentrationslager Ravensbrück

In der Nähe der Stadt Fürstenberg/Havel, Mecklenburg, wurde ab 1939 das größte Frauen-Konzentrationslager auf deutschem Gebiet errichtet. Schon im Frühjahr 1939 wurden die ersten weiblichen Häftlinge nach Ravensbrück verlegt. Im April 1941 wurde ein Männerlager angegliedert. Im Juni 1942 kam in unmittelbarer Nachbarschaft das so genannte „Jugendschutzlager Uckermark“ für junge Frauen und Mädchen hinzu.



Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Einweihung 1959

Innerhalb des Lagers entstand ein „Industriehof“

mit Produktionsstätten für traditionelle Frauenarbeiten wie Schneidern, Weben und Flechten. Neben dem KZ-Gelände errichtete die Firma Siemens & Halske 20 Werkhallen, in denen Häftlinge ab Spätsommer 1942 zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden. Später entstanden, über das ganze Reich verteilt, über 40 Außenlager, in denen Ravensbrücker Häftlinge Zwangsarbeit leisteten.

In den Jahren 1939 bis 1945 sind etwa 120.000 Frauen und Kinder, 20.000 Männer und 1.200 weibliche Jugendliche als Häftlinge registriert worden. Die nach Ravensbrück Deportierten stammten aus über 30 Nationen, unter ihnen Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma. Zehntausende wurden ermordet, starben an Hunger, Krankheiten oder durch medizinische Experimente. Im Rahmen der Aktion „14 f 13“ wurden etwa 1.900 Häftlinge ermordet, die als behindert bzw. als arbeitsunfähig galten. Mit ihnen wurden auch jüdische Häftlinge in der Gaskammer der „Heil- und Pflegeanstalt Bernburg“ ermordet. Ab 1941 diente Ravensbrück als Hinrichtungsstätte.

Kurz vor Ende des Krieges evakuierten das Internationale, das Schwedische und das Dänische Rote Kreuz ca. 7.500 Häftlinge nach Schweden, in die Schweiz und nach Frankreich. Mit dem Vorrücken der Roten Armee wurden die noch im Lager verbliebenen über 20.000 Häftlinge zu Fuß in Richtung Nordwesten getrieben. Am 30. April 1945 befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Ravensbrück mit den ca. 2.000 dort zurückgelassenen Kranken.

Viele von ihnen starben noch in den folgenden Wochen, Monaten und Jahren, und auch Überlebende litten noch Jahrzehnte nach ihrer Befreiung an den Folgen ihrer KZ-Haft.

Ab 1948 wurde von ehemaligen Häftlingen und Mitgliedern der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN) eine bescheidene Gedenkstätte geschaffen. 1959 wurde die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück der DDR eingeweiht. Seit 1993 wurde die Gedenkstätte weiter ausgebaut und Teil der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

Quelle: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Antifaschistische Einheitsfront im Saargebiet

Nach dem Versailler Vertrag von 1919 war das Saargebiet für fünfzehn Jahre vom Deutschen Reich getrennt und dem Völkerbund unterstellt. Danach sollte in einer Volksabstimmung über die weitere staatliche Zugehörigkeit entschieden werden. Bis auf eine kleine Minderheit plädierten bis zur Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933 alle Parteien und gesellschaftliche Organisationen für den Anschluss an Deutschland. Danach entstand zögerlich die „Status Quo“ Bewegung. Das Ziel war, den Anschluss an Hitler-Deutschland zu verhindern und den Status quo bis zum Ende des Nazi-Regimes aufrecht zu erhalten.

Anfang Juli 1934 veröffentlichten die Sozialdemokratische Partei Saargebiet und die Kommunistische Partei Saargebiet den Aufruf: „An das Saarvolk“, das „Einheitsfrontabkommen“ gegen die Eingliederung des Saargebietes an Nazi-Deutschland. Dieses Abkommen und die folgenden gemeinsamen Aktionen kamen erst nach Überwindung vielfältiger Schwierigkeiten im Saargebiet und in den Exilvorständen beider Parteien zu Stande. Erst im Dezember 1934 kam es zu einer entsprechenden Vereinbarung der Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter, der beiden größten Gewerkschaftsverbände. Weitere kleinere Parteien, wie zum Beispiel die Saarländische Sozialistische Partei (SSP) schlossen sich an. Auch aus dem katholischen Bereich um Johannes Hoffmann wurde für den Status Quo gekämpft. Wie man weiß, hatte die antifaschistische Einheitsfront eine tragische Niederlage erlitten. Gegen die propagandistische Übermacht der Deutschen Front und die weitverbreitete nationalistische Stimmung konnte die Einheitsfront bei der Abstimmung am 13. Januar 1935 nicht erfolgreich sein. Fast 91% stimmten für den Anschluss an das faschistische Deutschland.

Literatur, Auswahl:

Bies, Luitwin: Klassenkampf an der Saar 1919-1935, Frankfurt a.M. 1978

Mallmann, Klaus-Michael: Das zersplitterte Nein, Bonn 1989

Paul, Gerhard: Deutsche Mutter - heim zu Dir!, Köln 1984



Deutsche Volks-Zeitung, September 1934

Franz Schnei

geboren am 19. Oktober 1901 in Saarbrücken
gestorben am 26. Oktober 1971 in Nonnweiler

KZ Sachsenhausen 13. August 1941 - 28. April 1945
überlebte
Politisch Verfolgter und Politischer Flüchtling, Frankreich

Stolperstein verlegt am ehemaligen Wohnhaus
Zum Kasbruchtal 60, Wellesweiler
(siehe Foto Seite 14)

Franz Schnei wurde am 19. Oktober 1901 in Saarbrücken-St. Johann als Carl Franz Schneider geboren. Seine Eltern waren Carl Jacob Schneider und Anna Schneider, geborene Kästner. Schon in jungen Jahren - im Jahr 1920 - wurde Franz Schnei Mitglied der Kommunistischen Partei. Schnei hatte Plakatmaler und Lackschriftenschreiber im Kaufhaus Gebr. Sinn in Saarbrücken gelernt und war danach beim Passage-Kaufhaus in Saarbrücken in gleicher Position tätig. Die beruflichen Tätigkeiten unterbrach er für Besuche der Kunstgewerbeschule in Trier und der Akademie für angewandte Kunst in München. Danach war er als Atelierleiter in einem Saarbrücker Reklameunternehmen tätig. In diese Zeit fällt seine erste Ehe mit Eugenie Hertel, aus der der Sohn Günter hervorging. Die Ehe scheiterte allerdings nach kurzer Zeit, so dass Franz Schnei beschloss, Saarbrücken „den Rücken zu kehren“.



Franz Schnei, ca. 1930

Ende Dezember 1926 ließ er sich in Neunkirchen nieder, wahrscheinlich auch deswegen, weil er hier sofort wieder eine Anstellung fand. Vom 30. Dezember 1926 bis zum 19. Januar 1935 war er zunächst Plakatmaler und später Leiter der Reklameabteilung bei der Kaufhaus Joseph Levy Wwe. AG. Auch in Neunkirchen betätigte sich Franz Schnei politisch in der KPD. Von Dezember 1932 bis 1934/35 war er als Vertreter der KPD ehrenamtlicher unbesoldeter Beigeordneter der Stadt Neunkirchen.

Aufgrund seiner politischen Ausrichtung engagierte Franz Schnei sich in der Zeit vor der Saarabstimmung 1935 gegen den Anschluss des Saargebietes an Hitlerdeutschland. Wie bei vielen Dingen, ist sein Engagement in der Zeit des Abstimmungskampfes ungenügend dokumentiert. Anlässlich seines Todes schrieb die DKP, Franz Schnei habe „im Kampf gegen den Hitlerfaschismus (...) in vorderster Linie“ gestanden.

Aufgrund seines Engagements musste Franz Schnei, um der Verfolgung zu entgehen, nach der Saarabstimmung 1935 emigrieren und ging zusammen mit seiner Lebensgefährtin und späteren Ehefrau Friedel Kahlstadt nach Frankreich, wo sie sich in Metz niederlassen konnten. Dort arbeitete er wieder als Dekorateur und später als „freischaffender“ Plakatmaler.

Bei Kriegsausbruch wurde er als Deutscher und damit „feindlicher Ausländer“ interniert. Um aus der Haft zu kommen, meldet er sich zur Fremdenlegion („für die Dauer des Krieges“). Über Marseille kam er nach Algerien. In dieser Zeit konnte er durchaus künstlerisch tätig sein und es entstanden viele schöne farbfrohe Aquarelle. Nach der Niederlage der französischen Armee wurde Franz Schnei entlassen und kehrt zu seiner Familie zurück, die inzwischen in Chamblet (Dep. Allier) im unbesetzten Teil Frankreichs lebt. Von dem Vichy-Regime wird er, wie viele andere deutsche Emigranten auch, genötigt, das „neutrale“ Gebiet zu verlassen. Er glaubte noch, nach Metz zurückkehren zu können, wird aber nach Saarbrücken gebracht. In Saarbrücken wird er schließlich verhaftet und zunächst in der Gestapozelle im Saarbrücker Schloss inhaftiert. Danach geht es in ein Gefängnis in Zweibrücken und schließlich wird er ab August 1941 im Konzentrationslager Sachsenhausen interniert.

Der Sozialdemokrat Karl Petri, nach dem Krieg Beigeordneter in Neunkirchen, erinnert sich in der Filmdokumentation „Saarländer im Widerstand“ des Saarländischen Rundfunks an die gemeinsame Zeit mit Franz Schnei im Konzentrationslager Sachsenhausen:

zunächst erzählt er, dass dieser ihm geholfen habe, in ein Kommando zu kommen, das einigermaßen erträglich war, dann, dass er ihm und seinem Schwiegervater Hermann Henneicke das Leben gerettet habe, indem er ihnen seine eigentliche Verpflegung zukommen ließ, da er sich durch Arbeiten für die SS zusätzliche Verpflegung besorgen konnte.

Danach schildert Karl Petri, weshalb Franz Schnei die Strafe des Pfahlhängens erhalten hat und wie diese durchgeführt wurde. Franz Schnei habe in der Kommandantur einen einfachen Anstrich durchgeführt und sich fünf Minuten vor Zwölf die Hände gewaschen. Ein fremder SS-Führer meldete, weil er nicht bis Punkt Zwölf gearbeitet hat, dies als Arbeitsverweigerung.

Strafe: eine halbe Stunde Pfahl: „Die Hände wurden auf den Rücken gekettet, der Häftling wurde daran aufgehängt und hing über dem Boden, ohne diesen zu berühren. Die Arme wurden ausgerenkt, er wurde gleich bewusstlos. Das dauerte eine halbe Stunde.“

Infolge des Pfahlhängens konnte Franz Schnei zeitlebens drei Finger der linken Hand nicht mehr bewegen.

Bei der Auflösung des Konzentrationslagers Sachsenhausen am 20. und 21. April 1945 war Franz Schnei einer von 33.000 Häftlingen, die auf den sog. „Todesmarsch“ geschickt wurden. Auf verschiedenen Routen bewegten sich die Kolonnen Richtung Wittstock. Im Belower Wald nördlich der Stadt wurden ab dem 23. April 1945 mehr als 16.000 Häftlinge in einem provisorischen Lager versammelt. Die SS umstellte das Waldstück, überließ aber ansonsten die Menschen ohne Unterkünfte und Nahrung sich selbst. Dann ereignete sich etwas Ungewöhnliches. Der Leiter der Gestapo-Kommandantur des Konzentrationslagers Sachsenhausen, Erdmann, stellte deutschen Häftlingen Entlassungsscheine aus. Auch Franz Schnei ergriff diese Gelegenheit und wurde so am 28. April 1945 aus der Haft entlassen. Endgültig in Sicherheit war er nachdem die Rote Armee dieses Gebiet besetzt hatte.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich Franz Schnei in dem kleinen Städtchen Freyenstein (Ostprignitz). Dort wurde er von der sowjetischen Besatzungsmacht als politischer Funktionär eingesetzt. Er ließ seine Ehefrau Friedel und den Sohn Dieter nachkommen. Die Familie hielt sich bis Anfang 1947 in Freyenstein auf. Wahrscheinlich vor allem auf Drängen der Ehefrau Friedel äußerte Franz Schnei den Wunsch, in die Heimat zurückkehren zu dürfen. Diesem Wunsch wollte die sowjetische Besatzungsmacht nicht

entsprechen, so dass die Familie Schnei in einer „Nacht- und Nebelaktion“ aus der SBZ flüchten musste.

Anfang 1947 kehrte die Familie nach Neunkirchen zurück. Beruflich und materiell stand man vor dem Nichts. Die Rückgabe der Möbel und anderer Utensilien aus der Wohnung in Metz wurde ihnen verweigert, weil sie „schließlich auch Deutsche“ seien. Das künstlerische Frühwerk Schneis war durch Kriegseinwirkungen zerstört worden. Die Gesundheit Schneis war durch die Zeit im Konzentrationslager zeitlebens stark eingeschränkt.

In einem Fernsehbeitrag aus dem Jahr 2014 heißt es über Franz Schnei:
„seine Heimat hatte ihn nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen, die nationalsozialistische Politik seine Karriere ausgebremst - ein typischer Künstler der sogenannten „Verschollenen Generation“.

In seinem künstlerischen Werk, welches sich an der französischen Moderne orientiert, findet man keine Beeinflussung durch die schrecklichen Erlebnisse in der Haftzeit. Lediglich bei der Plakatgestaltung oder der Ausgestaltung von politischen Veranstaltungen beschäftigte er sich mit politischen Themen. So auch bei der Gestaltung eines Plakats zu einer Ausstellung im März und April 1947 in Neunkirchen mit dem Thema „10 Jahre Nazismus“. Auch später hat er mehrmals politische Plakate entworfen, z. B. 1949 ein Plakat zu einer Veranstaltung, auf der über den Weltfriedenskongress in Paris berichtet wurde, oder 1958 ein Plakat für eine Veranstaltung des DGB, die sich gegen die atomare Bewaffnung richtete.

1949 war Franz Schnei saarländischer Delegierter beim Weltfriedenskongress in Paris, wo er u. a. Pablo Picasso kennenlernte.

1965 konnte Franz Schnei zusammen mit seiner Ehefrau Friedel ein eigenes Haus mit Ateliers und Brennofen in Neunkirchen-Wellesweiler beziehen.

Am 19. Oktober 1971 beging Franz Schnei seinen 70. Geburtstag, am 26. Oktober 1971 verstarb er in einem Sanatorium in Nonnweiler.

Recherche und Text: Thomas Schneider

Literatur (Auswahl):

Ausstellungskatalog zur Franz Schnei Gedächtnisausstellung 1994

(Hrsg. Verkehrsverein Neunkirchen e.V.);

Prof. Wilhelm Weber: Der Maler und Keramiker Franz Schnei - Picasso förderte ihn

(anlässlich der Franz Schnei - Gedenkausstellung 1987 im Rathaus-Foyer, Neunkirchen,

Hrsg. VVN und Stadt Neunkirchen);

Peter Riede: Picasso hielt sehr viel vom Künstler Schnei (in arbeitnehmer 10/91);

Gerhard Paul, Ralph Schock: Saargeschichte im Plakat 1918 – 1957 (1. Auflage 1987);

Lieselotte Kugler: Mehr als nur Reklame - Saarländische Gebrauchsgrafik 1945 – 1960

(Historisches Museum Saar 1995)

Friedel Schnei geb. Kahlstadt

geboren am 1. Januar 1911 in Bad Kreuznach
gestorben am 17. Februar 2000 in Neunkirchen

Politischer Flüchtling, Frankreich

Stolperstein verlegt am ehemaligen Wohnhaus
Zum Kasbruchtal 60, Wellesweiler



Zum Kasbruchtal 60

Friedel Schnei(der) wurde am 1. Januar 1911 als Frieda Elisabeth Kahlstadt in Bad Kreuznach geboren. Ihre Eltern waren Peter Robert und Hulda Kahlstadt, geborene Knapp. Der Vater war in Bad Kreuznach medizinischer Fußpfleger gewesen; die Familie zog nach Neunkirchen, weil dieser hier beim Neunkircher Eisenwerk eine Anstellung als Arbeiter angetreten hatte.

Die Familie soll der Sozialdemokratie zugeneigt gewesen sein; dieser politischen Ausrichtung war Friedel Schnei wohl auch zeitlebens verbunden geblieben. Politisch engagiert war Friedel Schnei aber nicht. Der Schritt in die Emigration war wohl eher der Liebe zu ihrem Lebensgefährten und späteren Ehemann Franz Schnei geschuldet.

Etwa 1930 ging Friedel Schnei eine erste Ehe ein, aus der der Sohn Horst entstammte. Die Ehe scheiterte allerdings nach kurzer Zeit und so musste sie in das strenge Elternhaus zurückkehren.

1933 lernte sie Franz Schnei kennen, mit dem Friedel Schnei nach der Saarabstimmung 1935 in die Emigration ging. Das Paar konnte sich in Metz niederlassen. 1938 wurde dort der gemeinsame Sohn Dieter geboren. Erst 1940, als die Scheidungspapiere die erste Ehe Franz Schneis betreffend, vorlagen, konnte das Paar in Chamblet (Dep. Allier), wo das Paar zu diesem Zeitpunkt lebte, heiraten.

Friedel Schnei musste, wie viele andere Frauen dieser Generation auch, in den Jahren 1939 bis 1946 die meiste Zeit alleine für den Lebensunterhalt der Familie sorgen, weil der Lebenspartner nicht anwesend war. In dieser Zeit entwickelte sie die tatkräftige und dynamische Persönlichkeit, die sie auszeichnete.

Obwohl Friedel Schnei politisch nicht aktiv war, unterlag sie als Emigrantin doch der ständigen Beobachtung durch die Gestapo. Nach der Internierung von Franz Schnei im Konzentrationslager Sachsenhausen kehrte Friedel Schnei mit den Kindern in die Wohnung in Metz zurück. In Metz musste sie sich regelmäßig bei der Dienststelle der Gestapo melden.

Im Jahr 1944 soll für Friedel Schnei und die Kinder Horst und Dieter die Deportation in ein Konzentrationslager angeordnet gewesen sein. Allerdings war Friedel Schnei zu diesem Zeitpunkt schwer erkrankt, so dass eine Transportfähigkeit nicht gegeben war. Friedel Schneis Vater reiste besorgt von Neunkirchen nach Metz und er und zwei weitere Personen verfassten ein Schreiben an die deutschen

Behörden, in dem sie wahrscheinlich Friedel Schnei politische Unbedenklichkeit bestätigten. Ob es diesem Schreiben zu verdanken war oder dem Kriegsverlauf, letztendlich kam es nicht zu einer Deportation Friedel Schneis und der Kinder.



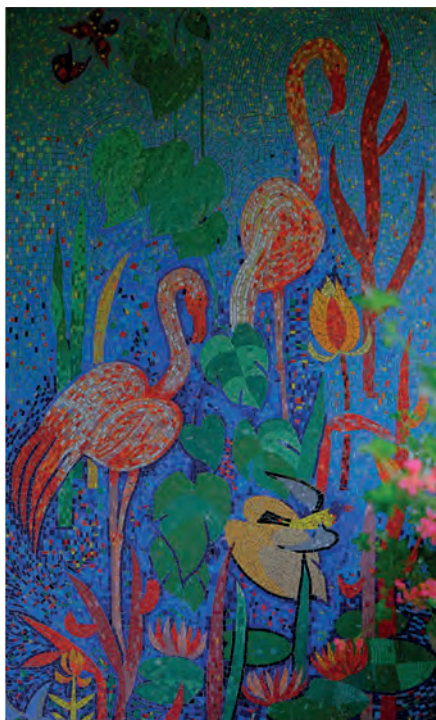
Entweder aufgrund dieses Ereignisses oder aufgrund der Kriegs- oder Versorgungslage, holten Friedel Schneis Eltern diese und die Kinder zurück nach Neunkirchen. Ab Ende 1944

oder Anfang 1945 lebte Friedel Schnei wieder in *Friedel und Franz Schnei, 1935 in Metz*

Neunkirchen. So manche Biografie in dieser Zeit

hat wohl „seltsame“ Brüche zu verzeichnen. Die Befreiung beim Eintreffen der Amerikaner sowie das Kriegsende erlebte Friedel Schnei in Neunkirchen.

1945 kam Franz Schnei erstmals wieder nach Neunkirchen und holte Friedel Schnei und den Sohn Dieter mit nach Freyenstein (Ostprignitz), wo Franz Schnei von der sowjetischen Besatzungsmacht als politischer Funktionär eingesetzt worden war. 1946 äußerte die Familie Schnei, vor allem wohl auf Wunsch von Friedel Schnei, die Bitte, in das Saarland zurückkehren zu dürfen. Dieser Bitte wollte die sowjetische Besatzungsmacht nicht entsprechen, so dass die Familie Schnei in einer „Nacht- und Nebelaktion“ aus der SBZ flüchten musste. Ab Anfang 1947 lebte die Familie Schnei wieder in Neunkirchen.



Die folgenden Jahre waren für die Familie Schnei vor allem durch Mangel, man kann sogar sagen durch Armut geprägt. Trotzdem stellte Friedel Schnei die Beziehung bzw. Ehe zu Franz Schnei nie in Frage.

In einem Zeitungsbericht über Franz Schnei steht, dieser habe sich gesundheitlich und zwar sowohl physisch als auch psychisch nie so ganz von der Zeit im Konzentrationslager erholt. Schwer zu schaffen machte ihm auch die Schwierigkeit, für den Lebensunterhalt der Familie zu sorgen. Von daher war Friedel ihrem Ehemann und Gefährten Franz nach der Haftzeit immer eine Stütze, um nicht zu sagen, sie war nach ca. 1950 die stärkere Kraft in der Ehe. Den erfolgreichen Künstler Franz Schnei Ende der 1950iger- und in den 1960iger-Jahren hätte es ohne Friedel Schnei nicht gegeben.

Friedel Schnei begleitete Franz Schnei zwar zu politischen Veranstaltungen und war Mitglied des VVN - Bund der Antifaschisten, aber ansonsten war sie wohl auch nach 1945 nicht in stärkerem Maße politisch engagiert.

Etwa ab 1960 stellte sich bei der Familie Schnei bescheidener Wohlstand ein. 1965 konnten Friedel und Franz Schnei ein eigenes Haus in Wellesweiler beziehen. Dort lebte Friedel Schnei bis zu ihrem Tod im Jahr 2000.

Recherche und Text: Thomas Schneider
Quellen: Standesamt Neunkirchen;
Familienbuch der Familie Schnei;
Interviews mit Friedel Schnei in den 80iger- und 90iger-Jahren

Familie Hermann und Marie Dora Henneicke (Henneick)

Heinrich Hermann Adolf Henneicke
geboren am 2. November 1886
in Soltendieck (Kreis Uelzen)
gestorben am 11. Mai 1966 in Neunkirchen

Marie Henneicke, geb. Dümatz
geboren 12. Juni 1897 in Hamburg
gestorben am 19. April 1990 in Neunkirchen

Henni Henneicke,
geboren am 21. April 1919 in Rüstringen/Wilhelmshaven;
gestorben am 11. Mai 2010 in Neunkirchen

Anneliese Marta Marie Henneicke,
geboren am 8. Juli 1920 in Rüstringen/Wilhelmshaven;
gestorben am 13. Juli 1920

Herta, verheiratete Petri,
geboren am 16. Januar 1923 in Rüstringen/Wilhelmshaven

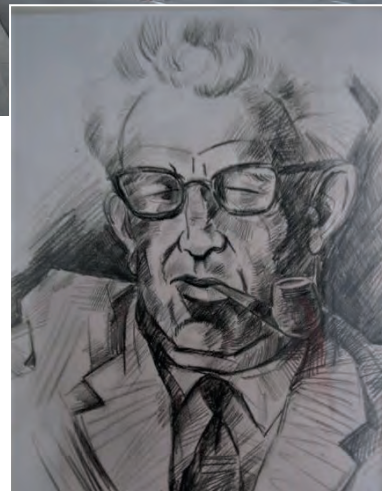
Elisabeth, verheiratete Kulawig,
geboren am 23. September 1924 in Rüstringen/Wilhelmshaven
gestorben am 23. Januar 2008 in Saarlouis

im Widerstand, Flucht nach Frankreich,
KZ Sachsenhausen-Oranienburg, überlebten

Stolpersteine verlegt an der Bliestraße 25, Neunkirchen



Bliestraße 25



Hermann Henneicke, Grafik von Franz Schnei

Hermann Henneicke wurde am 2. November 1886 in Soltdieck, heute Bodenteich, Kreis Uelzen geboren. Nach der Schule machte er eine Ausbildung als Schlosser. Den Kriegsdienst leistete er bei der Marine in Wilhelmshaven als Schlosser auf der Marinewerft.

Mit 22 Jahren trat er in den Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) und in die SPD ein. Während des Ersten Weltkrieges war er erneut in der Marinewerft eingesetzt. In dieser Zeit wurde er von seinen Kollegen und Marinekameraden als Vertrauensmann des DMV gewählt. Im Widerspruch zur Kriegspolitik der SPD-Führung trat er 1918 in die USPD ein, die für ein Ende des Krieges kämpfte.

Im Mai 1918 heirateten er und Marie Dora Dümatz, geb. 1897, in Bodenteich.

Marie stammte ebenfalls aus einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie und unterstützte Zeit ihres Lebens das politische Engagement ihres Ehemanns. Sie hatten 5 Kinder, die Töchter Henni, geboren am 21. April 1919, Anneliese Marta Marie, geboren am 8. Juli 1920 die fünf Tage später am 13. Juli starb. Herta, geboren am 16. Januar 1923 und Elisabeth, geb. 23. September 1924; die Familie wohnte in Rüstringen, heute ein Stadtteil von Wilhelmshafen. Am 29. Mai 1933 wurde in Neunkirchen ihr Sohn Hermann geboren, der jedoch am gleichen Tag starb.

In der Novemberrevolution 1919 wurde er zum Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats in Rüstringen gewählt und Mitglied des ersten Werft-Betriebsrates.

Von 1920 - 1923 war er Abgeordneter im Landtag Oldenburg und bis 1929 im Stadtrat Rüstringen. Mit dem Zusammenschluss der Mehrheits-USPD mit der KPD ging er 1922 wieder in die SPD.

Nach dem Besuch der SPD-Parteischule und einer Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär wurde er Ende 1929 nach Neunkirchen in das Saargebiet als 1. Bevollmächtigter delegiert. Im folgenden April folgte die Ehefrau Marie mit den Töchtern. Die Familie wohnte ab 1931 An der Bliesmühle 14, der heutigen Bliesstraße, etwa Einmündung Zoostraße.

1932 wurde Henneicke als Kandidat der SP Saar in den Neunkircher Stadtrat gewählt. Nach der Machtübergabe an die Nazis in Deutschland schlossen sich die bürgerlichen Parteien im Saargebiet mit der Nazi-Partei zur Deutschen Front zusammen. Im Stadtrat von Neunkirchen standen nun die Ratsmitglieder der KP und der SP zur Hälfte der Deutschen Front gegenüber.

Geduldet von der Regierungskommission des Völkerbundes setzte sich die faschistische Bewegung im Saargebiet immer mehr durch. Zum 1. Oktober 1933 wurde im Neunkircher Eisenwerk der Hitler-Gruß eingeführt, die Entlassung zahlreicher Hitler-Gegner schloss sich an. Die Verbliebenen wurden mehr und mehr in die Isolation gedrängt.



Hermann Henneicke, 1946



Marie Dora Henneicke, 1946

Die Arbeiterbewegung an der Saar, die Parteien der Linken und die freien Gewerkschaften, organisierten vielfältige Hilfen für aus dem faschistischen Reich Geflüchtete.

Die Familie Henneicke nahm den ehemaligen Wilhelmshavener Polizeidirektor Willi Mai bei sich auf. Auf der Grundlage gemeinsamer Aktionsausschüsse auf örtlicher Ebene schlossen im Juli 1934 die KP und die SP Saar ein Einheitsfrontabkommen ab gegen die Rückgliederung des Saargebietes an Nazi-Deutschland und für die Beibehaltung des Status Quo als Übergangslösung. Erst im Spätherbst vereinbarten die freien Gewerkschaften mit den ansässigen Revolutionären Gewerkschaftsoppositionen (RGO) die Wiedervereinigung. Hermann Henneicke gehörte schon früh zu den Befürwortern der antifaschistischen Einheitsfront und war engagiert für den Status Quo.

Nach der Abstimmung am 13. Januar 1935 flüchtete die Familie nach Schiltigheim, Nähe Straßburg. Zwei Jahre schlug sich Henneicke als Handelsvertreter durch, dann fand er Arbeit als Schlosser.

Henneicke knüpfte Kontakte zu sozialdemokratischen und kommunistischen Exilgruppen in Elsass-Lothringen. Nach der Konstituierung einer antifaschistischen nationalen Volksfront in Paris kamen Anfang Februar 1937 in Metz saarländische Antifaschisten zusammen, um den Arbeitsausschuss einer saarländischen Volksfront zu bilden, darunter auch Hermann Henneicke. Der Ausschuss entwickelte eine lebhaftige Tätigkeit, konnte aber keine dauerhaften Strukturen entwickeln. Auch deutsche Jugendliche bildeten antifaschistische Gruppen. Die Tochter Henni war Mitbegründerin der Gruppe Straßburg einer Freien Deutschen Jugend (FDJ).

Mit Kriegsbeginn im September 1939 wurde das Elsass geräumt; die Bevölkerung wurde ins Innere Frankreichs umgesiedelt. Die Familie Henneicke kam nach Montluçon, Zentralfrankreich. Dort lebte u. a. die befreundete Neunkircher Familie Petri. Nach dem deutschen Einmarsch im Mai 1940 wurde Hermann in einem Lager in Huriel, einer Nachbargemeinde, interniert; die Töchter Henni und Herta wurden in das Internierungslager Gurs deportiert. Die Ehefrau Marie und die jüngste Tochter Elisabeth mussten die Stadt verlassen, blieben aber frei. Nach der Kapitulation Frankreichs kamen alle frei und trafen in Montluçon wieder zusammen; Herta Henneicke und Karl Petri jr. heirateten dort.

Die Familie Henneicke kehrte nach Schiltigheim zurück. Hermann engagierte sich wieder in der Volksfront-Initiative. Ende August, Anfang September 1941 wurden mehrere aktive Widerstandskämpfer in Elsass-Lothringen verhaftet; auch Hermann wurde am 1. September in Straßburg von der Gestapo verhaftet. Ein zuvor von der Gestapo Verhafteter hatte unter Folter die Namen geliefert. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ kam er zunächst nach Saarbrücken ins Gefängnis Lerchesflur und im Januar 1942 als „Schutzhäftling“ in das KZ Sachsenhausen-Oranienburg. Dort wurden auch sein Schwiegersohn Karl Petri, der Neunkircher Maler Franz Schneider (Schnei) und Richard Hauch, der spätere Vorsitzende des Industrieverbandes Metall im Saarland inhaftiert. Im Frühjahr 1945 wurde das KZ Sachsenhausen evakuiert. Die Häftlinge wurden ohne Essen und Wasser in Richtung Ostsee getrieben. Wer kraftlos zurückblieb, wurde erschossen. „Todesmärsche“ wurden diese Evakuierungen später genannt. In der Nähe von Wismar trafen sie auf englische Truppen.

Die Überlebenden waren frei, auch Hermann und seine Bekannten.

Marie Henneicke, ihre Töchter Henni und Elisabeth und die Mitglieder der Familien Petri hatten ebenfalls überlebt und kamen nach und nach zurück nach Neunkirchen. Hermann musste nach der Befreiung erst eine schwere Krankheit aus der KZ-Haft auskurieren. Nach der Genesung wurde er zunächst in Eppelborn als Amtsbürgermeister eingesetzt. 1947 wieder in Neunkirchen wurde er zum Stadtamtmann ernannt und später Personalchef der Stadtverwaltung. Als Geschäftsführer der Neunkircher Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft ging er in Rente.

Hermann begann sich so früh wie möglich beim antifaschistisch-demokratischen Wiederaufbau zu engagieren. Ehrenamtlich arbeitete er mit beim Aufbau der Einheitsgewerkschaft, der saarländischen Vorläufer-Organisation des DGB. Gemeinsames Anliegen der Überlebenden war, die politische Spaltung der Gewerkschaften von vor 1935 zu überwinden und eine einheitliche Gewerkschaft von Arbeitern, Angestellten und Beamten zu bilden. Nach der Zulassung politischer Parteien wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Saar (SPS) und Mitglied des Landesvorstandes. Er war allerdings ein Gegner des Autonomiestatus und des Saar-Statuts. 1952 kam es zu einer Abspaltung, Henneicke und weitere bildeten die DSP, als illegale Organisation der Bundes-SPD. Dies führte zu beruflichen Sanktionen; er wurde als Geschäftsführer der GSG abgesetzt. Nach der Ablehnung des Saar-Statuts 1955 wurde er beruflich wieder rehabilitiert. Hermann Henneicke starb am 11. Mai 1966, seine Ehefrau Marie starb am 19. April 1990.



Die drei Töchter Henni, Herta und Elisabeth

Die Tochter Henni wurde nach der Rückkehr ins Saarland Mitglied der KP Saarland und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes; bis zu ihrem Lebensende war sie Mitglied der DKP und des VVN-Bunds der Antifaschisten/innen. Sie wurde Grundschullehrerin und arbeitete bis zu ihrer Pensionierung als Lehrerin. Kindern gesellschaftliche humanistische Werte zu vermitteln, darin sah sie die Erfüllung ihres Lebens. Sie war nicht verheiratet und starb am 11. Mai 2010.

Die Tochter Herta lebt heute in Neunkirchen in einem Seniorenheim. Ihr Ehemann Karl Petri war viele Jahre SPD-Stadtrat in Neunkirchen und Mitglied des Landtages. Er starb 1983.

Die Tochter Elisabeth heiratete den saarländischen SPD-Politiker Alwin Kulawig. Sie war ebenfalls in der SPD engagiert, vor allem in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF); sie ist am 23. Januar 2008 verstorben.

Recherche, Autor: Rainer Dörrenbecher

Quellen: M. Ebenau, Freiheit für das Volk; Ottweiler Druckerei; 1990

L. Bies/H. Bernard (Hg.), Für den Sturz des Naziregimes; Blattlaus-Verlag 2007

Stadtarchiv Neunkirchen

Familie Anna Lachmann

Anna Lachmann,
geboren am 2. Mai 1879 in Waldmohr,
gestorben am 25. April 1973 in Saarbrücken

Guy Kurt Lachmann,
geboren am 5. Dezember 1906
in Neunkirchen,
gestorben am 11. November 1987
in Saarbrücken



Wilhelmstraße 22

Jean Hans Lachmann,
geboren am 3. Dezember 1909,
gestorben am 1. Februar 1981 in Saarbrücken

jüdische Kaufmann- und Industriellenfamilie,
Flucht nach Frankreich, überlebten

Stolpersteine verlegt in Wilhelmstraße, ehem. Haus Nr. 22

Kurt Lachmann wurde am 5. Dezember 1906 als erstes Kind der jüdischen Eltern Heiman Heinrich Lachmann (geb. 21. Januar 1879 in Ostrowo/Polen) und Anna Lachmann (geb. 2. Mai 1879 in Waldmohr) in Neunkirchen geboren. Am 3. Dezember 1909 wurde der zweite Sohn Hans geboren. Sie wuchsen in gutbürgerlichen, aber konservativen Verhältnissen auf und besuchten das Gymnasium in Neunkirchen. Kurt nahm nach dem Abitur das Studium der Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt am Main und Straßburg auf. Leider musste er sein Studium abbrechen, da der Vater erkrankte. Kurt trat als Prokurist in die 1906 gegründete Firma für Haus-, Küchengeräte und Spielwaren ein, inzwischen Metallwerke Neunkirchen Saar (Menesa). Als der Vater Heinrich Lachmann im April 1931 in Heidelberg starb, übernahm Kurt die Leitung der Firma.



Guy Kurt Lachmann

Aus Protest gegen sein bürgerlich-konservatives Elternhaus war Kurt als Abiturient Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold geworden, einer sozialdemokratisch orientierten Wehrorganisation. Nach der Machtübertragung an Hitler und die Nazis am 30. Januar 1933 verstärkte sich auch im Saargebiet der Antisemitismus. Kurt engagierte sich fortan mehr im Reichsbanner gegen den Nazismus. Die Familie sah für die Zeit nach der Saarabstimmung am 13. Januar 1935 keine Zukunft mehr im Saargebiet. Schon 1933 reduzierten sie ihre Gesellschafteranteile an der Menesa und verkauften nach der Saar-Abstimmung den Rest an einen Mitgesellschafter. Sie emigrierten zu unterschiedlichen Daten im Februar 1935 in das französische Colmar. Die Brüder nahmen im Juli 1937 die französische Staatsbürgerschaft an und änderten ihre Namen; Kurt nannte sich nun Guy und Hans nannte sich Jean Lackmann. Sie lebten in den Vogesen nahe Epinal. Guy Kurt heiratete im Oktober 1937 Alice Netter und verdiente den Lebensunterhalt als Provisionsvertreter eines Kunden aus dem elterlichen Betrieb. 1938 wurde Sohn Henry und 1940 Tochter Evelyn geboren.

Am 16. September 1938 wurde Guy Kurt zum französischen Militär eingezogen und wurde nach Absolvierung seiner Grundausbildung nach mehreren Einsätzen nach Compiègne nahe Paris eingeteilt. Dort kam es zu einem schweren Gefecht und er kam mit drei Kugeln im Bein in Nordfrankreich wieder zu Bewusstsein. Er befand sich in deutscher Kriegsgefangenschaft und sollte wegen Wundbrands ein Bein abgenommen bekommen. Er konnte glaubhaft vermitteln, dass er Lothringer sei, da sein gutes Deutsch auf die nahe Lage seines Heimatortes zu Deutschland zurückzuführen sei. Damit entkam er der deutschen Geheimpolizei und der Deportation in ein KZ. Er wurde in ein Hospital nach Paris gebracht, wo man ihm eine Kugel entfernte. Ein Geistlicher, der den Heilungsprozess seelsorgerisch betreute, stellte den Kontakt zu seiner Familie her. Im November wurde er aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Nach seiner Rückkehr fand er eine Stelle als Leiter eines Haushaltswarengeschäfts in Montbéliard.

Im Januar 1941 schloss er sich der Résistance, den Francs-tireurs et partisans français (FFPF) an. Im Frühling 1944 schlossen sich die Verbände der Résistance zu den Forces françaises de l'interieur, unter der Leitung des Generals Pierre Koenig, zusammen. Unter dem Decknamen Georges Latil war Guy Lachmann Kommandant der FFI.

Als ab Oktober 1941 jüdische Ausländer von der Gestapo gejagt wurden, erschien der Wohnort in den Vogesen der Familie Lachmann nicht mehr sicher und sie flohen in das noch unbesetzte Clermont-Ferrand. Hans Lachmann/Jean Lackmann war 1937 zur französischen Armee eingezogen worden und wurde 1940 als Leutnant demobilisiert. Danach war er Zivilangestellter bei der Militärintendanz in Clermont-Ferrand und schloss sich 1942 ebenfalls der Résistance an. Am 5. Mai 1944 wurde er von der französischen Miliz verhaftet und nach kurzer Haft wurde er an die Gestapo ausgeliefert. Er kam ins KZ Sachsenhausen und von dort ins KZ Neuengamme, wo er bis zu seiner Befreiung am 23. April 1945 blieb.

Nach der Verhaftung des Bruders Jean gelangen Guy und seiner Frau mit Kindern die Flucht nach Pamiers im Departement Ariège in den Pyrenäen. Die französische Miliz verhaftete Anna Lachmann. Sie wollten durch ihre Verhaftung den Sohn zur Aufgabe zwingen. Frau Lachmann bekam vor Aufregung wegen der Flucht und Verhaftung ihrer Söhne eine Herzattacke und entkam durch den Krankenhausaufenthalt mit Hilfe französischer Ärzte der Deportation nach Deutschland.

Nach 1945 bekam Guy Lachmann den Auftrag aus dem Internierungslager Le Vernet ein Kriegsgefangenenlager für Wehrmachtsangehörige zu machen. Danach ging er mit Stabsgeneral Koenig als Hauptmann nach Deutschland zurück. Er wurde Kreiskommandant in Saarbürg. Am 11. März 1948 wurde er wegen seiner Kenntnisse der Region, seiner französischen Staatsangehörigkeit und seines Engagements in der Résistance zum Landespolizeipräsidenten des Saarlandes ernannt. Er war für die Europäisierung der Saar. Durch das Referendum von 1955 sah er sich nicht bestätigt und schied 1956 aus dem Amt.

1956 war er als Präsident der Société International de Petrol et de Chimie in Straßburg unternehmerisch tätig. Er erhielt eine Vielzahl von Auszeichnungen u. a. das Croix de Guerre und das Bundesverdienstkreuz. Guy Kurt Lachmann starb am 11. November 1987 in Saarbrücken.



Ordensverleihung 1949 in Saarbrücken

Auch Hans Jean hatte in Frankreich geheiratet; er kehrte zunächst zu seiner Ehefrau nach Clermont-Ferrand zurück und kam 1946 zusammen mit seiner Frau und Mutter Anna wieder nach Neunkirchen. In einem komplizierten Rechtsstreit erwarb die Familie Lachmann wieder ihre Anteile an der Firma Menesa. Hans Lachmann übernahm die Funktion des Generaldirektors. Er hatte in Neunkirchen verschiedene gesellschaftliche Funktionen wahrgenommen und verstarb 1981 in Saarbrücken. Anna Lachmann starb am 25. April 1973 in Saarbrücken.

Recherche und Text: Ulrike Pfeifer-Scholz

Quellenangaben:

- Stadtarchiv Neunkirchen
- Mallmann/Paul; Das zersplitterte Nein, 1989
- Vierteljahresheft für Zeitgeschichte Sonderdruck, Heft 4, 1977
- Eckstein Nr. 7, 1996-97
- Stigulinszky, Von Spichern bis zur kleinen Wiedervereinigung, 1995
- Die Menesa, Historischer Verein Stadt Neunkirchen, Nr. 99 1/2021
- Wikipedia 2021/22

Maria Trautmann

geboren am 16. Oktober 1885
in Wiebelskirchen
ermordet am 26. Februar 1941 in Hadamar

Euthanasieopfer

ehemaliges Wohnhaus, Wiebelskirchen,
Auf den Lissen
Stolperstein verlegt in Wiebelskirchen,
Wibiloplatz



Wibiloplatz

Maria Trautmann wurde am 16. Oktober 1885 in Wiebelskirchen geboren. Ihre Eltern waren der Steinbrecher Friedrich Trautmann (Jg. 1847) und Katharina geb. Linz (Jg. 1849). Die Eltern hatten 1872 in Wiebelskirchen geheiratet. Zu der Zeit arbeitete ihr Vater als Bergmann. Maria hatte einen älteren Bruder, ebenfalls mit Vornamen Friedrich, geboren 1874.

In Wiebelskirchen wurden erst ab 1895 Straßennamen eingeführt; bis dahin reichte die Angabe der Flurbezeichnung. Eine Wohnadresse ist für diese Zeit nicht zu ermitteln gewesen.

Erstmals konnte für das Jahr 1903 ein Hinweis gefunden werden. Als Marias Mutter, Katharina, am 31. Juli 1903 verstarb, wird die Tunnelstraße 1 als Wohnadresse genannt. Marias Vater Friedrich wird in der Urkunde als Tagelöhner bezeichnet. Damit hatte die Familie kein beständiges Einkommen. Marias Vater wurde auch im Adressbuch 1905 nachgewiesen.

Das Adressbuch 1910/11 führt einen Tagelöhner Friedrich Trautmann auf, der in der Wilhelmstraße 61 wohnte. Zeitgleich lebte ein Bergmann Friedrich Trautmann in der Kirchhofstraße 28a. Letzterer ist vermutlich Marias Bruder.

Friedrich Trautmann sen. ist am 22. Juli 1920 im Alter von 73 Jahren im St. Josef Krankenhaus in Neunkirchen gestorben. Die Wohnadresse ist in der Sterbeurkunde nicht benannt. Zeitweise werden drei Friedrich Trautmann in Wiebelskirchen aufgeführt. 1934 starb Marias älterer Bruder, der 1874 geborene Friedrich Trautmann, mit Wohnadresse Kirchhofstraße 28a.

Die ehemalige Kirchhofstraße ist heute Teil der Römerstraße im mittleren Bereich, Abzweig Am Friedhof. Die Tunnelstraße 1 ist ein Eckhaus zur ehemaligen Kirchhofstraße. Diese Adressen liegen eng beieinander; der alte Flurname ist „auf den Lissen“. Die Wilhelmstraße war Teil der heutigen Kuchenbergstraße zwischen Rembrandt- und Bexbacherstraße.

Maria selbst wird in den Adressbüchern nicht genannt. Ihre Wohn- bzw. Aufenthaltsorte sind nicht bekannt. Aus den dem Stadtarchiv vorliegenden Informationen ist nicht ersichtlich, ob Maria im Haushalt der Eltern bzw. später des Vaters oder Bruders lebte und seit wann sie in einer „Heil- und Pflegeanstalt“ untergebracht war. Die damaligen Zeitumstände berücksichtigend, könnte dies schon 1903 mit dem Tod der Mutter geschehen sein, aber auch später.

Einen ersten Hinweis gibt es aus der Opferdatenbank in Hadamar. Am 20. Juli 1937 wird sie in der Anstalt Eichberg-Eltville im Rheingau aufgenommen. Da war Maria Trautmann 52 Jahre alt. Von dort wurde sie am 26. Februar 1941 nach Hadamar abtransportiert. Dies „bedeutet, dass sie an diesem Tag auch in der Gaskammer von Hadamar ermordet wurde“.

In der Geburtsurkunde Maria Trautmanns, im Stadtarchiv Neunkirchen aufbewahrt, ist als Randvermerk eingetragen: „Gestorben am 19. März 1941 in Hartheim. St(andes)A(mt) Hartheim Nr. 27/28 1941“. Hans-Günter Sachs hatte vor Jahren in Hartheim angefragt. Ihm wurde mitgeteilt, in Hartheim sei keine Person aus dem Saarland ermordet wurde. Diese Information erhielt auch das Stadtarchiv Neunkirchen. Es handelt sich also um eine Scheinbeurkundung.

Die letzte Wohnstelle von Maria Trautmann kann nicht festgestellt werden.

Ihr Stolperstein ist in Wiebelskirchen auf dem Wibilo-Platz verlegt.

Autoren/innen: Rainer Dörrenbecher/Ulrike Pfeifer-Scholz

Recherchen und Quellen:

- Stadtarchiv Neunkirchen
- Hans-Günther Sachs, Wellesweiler Arbeitskreis für Geschichte

Karl Leib

geboren am 28. März 1895 in Sinnerthal,
gestorben am 24. August 1942
im KZ Ravensbrück

Stolperstein verlegt in Sinnerthal,
Bushaltestelle

Karl Leib wurde am 28. März 1895 in Sinnerthal geboren und auf Wunsch seiner Eltern Elisabeth und Jakob Leib evangelisch getauft. Er wuchs bei ihnen auf im Sinnerthalerweg 30, ehemaliges Wohngebiet Schlawerie. Nach dem Schulbesuch wurde er Hüttenarbeiter auf dem Neunkircher Eisenwerk. In dieser Zeit zog er aus der elterlichen Wohnung aus nach Sinnerthal, Mühlenstraße 7. Sein Arbeitsleben wurde durch den Kriegseinsatz im Ersten Weltkrieg unterbrochen. Während des Krieges geriet Karl in französische Kriegsgefangenschaft. 1919 kehrte er mit Verletzungen an der rechten Hüfte und dem linken Fuß aus der Gefangenschaft heim. Er meldete sich von seinem bisherigen Wohnsitz, der Mühlenstraße 7 ab und zog in Sinnerthal um in die Kurze Straße 2. 1926 zog er um in die Landsweilerstraße 11, ebenfalls Sinnerthal. Im darauffolgenden Jahr, am 16. Mai 1927, heiratete er Rosa Kleber. Das Ehepaar zog im Juni 1928 gemeinsam um nach Landsweiler in die Neunkirchenerstraße 25. Ihre Ehe schien nicht glücklich gewesen zu sein, denn sie wurde am 22. Juli 1936 vom Landgericht Saarbrücken geschieden. Die Gründe für die Scheidung sind nicht bekannt. Das Ehepaar hatte keine Kinder. Seine berufliche Tätigkeit in dieser Zeit ist auch nicht bekannt. Als Kriegsversehrter des Ersten Weltkrieges hatte er es nicht leicht auf dem Arbeitsmarkt. In den Unterlagen des KZ Buchenwald wird allgemein ein „Arbeitgeber“ festgehalten. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939, dem Überfall Deutschlands auf Polen, wurde Karl Leib von der Staatspolizei Saarbrücken verhaftet und ins Strafgefängnis Wittlich gebracht. Seine Festnahme ist, wie Dokumenten zu entnehmen ist, aus „staatspolitischen Gründen“ erfolgt. Darüber hinaus gibt es keine Hinweise darauf, was genau zu seiner Festnahme führte. Es gab auch keine Anklage und keinen Prozess. Möglicherweise hatte er eine ablehnende Einstellung zu den Kriegsvorbereitungen oder er war vor 1935 in der Arbeiterbewegung antifaschistisch aktiv. Vielleicht wurde er wegen einer antinazistischen Äußerung denunziert. Er wurde am 15. September 1939 als „Schutzhäftling“ in das KZ Buchenwald überstellt. Trotz seiner Behinderungen musste er im Steinbruch arbeiten. Es ist belegt, dass er während dieser Zeit Briefkontakt zu seiner Mutter hielt. Nach über 19 Monaten im KZ Buchenwald wurde er am 5. Mai 1941 in das Konzentrationslager Ravensbrück transportiert. Dort verstarb er am 24. August 1942. Die genauen Todesumstände sind nicht bekannt. Viele Häftlinge sind an den Misshandlungen, Entbehrungen und an Krankheiten gestorben.

Recherche, Autorin: Johanna Petry



Bushaltestelle in Sinnerthal

Quellen:

Dokumente der Konzentrationslager Buchenwald und Ravensbrück
(zur Verfügung gestellt von Arolsen Archives - Zentrum über NS-Verfolgung)
Stadtarchiv Neunkirchen
Landesarchiv Saarbrücken
Landeshauptarchiv Koblenz